



Prof. Dr. Harald Grethe

Die notwendige Transformation der Landwirtschaft honorieren – das Borchert-Paket in Gänze umsetzen

Prof. Dr. Harald Grethe, Humboldt-Universität zu Berlin, und der Präsident des Landvolks Niedersachsen, Dr. Holger Hennies, über den Umbau der Landwirtschaft, die Nichtumsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission, die Zukunft der Nutztierhaltung sowie Klimaschutz, insbesondere die Wiedervernässung von Mooren



Dr. Holger Hennies

Herr Hennies, die Landwirtschaft steht vor der größten Transformation seit Jahrzehnten, wenn nicht gar ihrer Geschichte – heißt es oft in agrarpolitischen Diskussionen. Teilen Sie die Einschätzung?

Hennies: Als Landwirt kann ich sagen, dass wir uns in einem permanenten Transformationsprozess befinden. Der Einsatz moderner Technik, der nicht nur einer höheren Produktivität dient, sondern zunehmend auch dem Verbraucher-, dem Tier- und dem Umweltschutz, die Themenkomplexe Züchtung und Effizienzsteigerung, Tiergesundheit, Rückgang bzw. Halbierung des Antibiotikaverbrauchs. Und – ja, es gibt große Transformationsherausforderungen. Aber nicht alles, was sich hinter dem Stichwort „Transformation“ versteckt, ist gut begründet.

Die Landwirtschaft als Getriebene – stimmt das Bild?

Hennies: Zurzeit fühlen sich viele Landwirte getrieben von wenig fundierten Forderungen nach einer anderen Landwirtschaft, der vielbeschworenen „Agrarwende“, die aus Praxissicht weder absehbar besser für die Umwelt, noch für die Tiere und auch nicht für die Landwirte selbst sind. Unsere Landwirte wollen nicht am Markt vorbei wirtschaften und ihre Betriebe sehenden Auges an die Wand fahren. Dazu sind sie mittlerweile viel zu sehr Unternehmer geworden.

Wie kommt die Landwirtschaft von einer Rolle als Getriebene hin zur aktiven Gestaltung?

Hennies: Der Niedersächsische Weg hat gezeigt, dass es funktioniert, wenn Landwirte proaktiv auf die Landesregierung zugehen und die Erarbeitung eines gesellschaftlichen Konsenses über die Förderung von Biodiversität fordern und mitgestalten. Das kann auch anderswo funktionieren: Landwirte sitzen dann als gleichberechtigte Partner am Tisch, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Es müssen klare Ziele

formuliert und dann gemeinsam abgewogen werden, was nachhaltig ist. Ernährungssicherung und landwirtschaftliche Einkommen dürfen dabei nicht unter den Tisch fallen.

Herr Grethe, was sind aus Ihrer Sicht Grundvoraussetzungen, dass der Umbau der Landwirtschaft nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg erfolgt, sondern sie „mitgenommen“ werden?

Grethe: Die Gesellschaft darf die notwendige Transformation nicht nur fordern, sondern muss die von der Landwirtschaft erbrachten Leistungen auch honorieren. Und die Landwirtschaft muss sich auch „mitnehmen lassen“: Die Einkommens- und Teilhabemöglichkeiten sollten nicht ausgeschlagen werden: Landwirtinnen und Landwirte werden zunehmend auch zu Klimawirt*innen, Biodiversitätswirt*innen, Landschaftswirt*innen und Tierwohlwirt*innen. Wer sonst soll das denn machen? Beide Seiten haben viel zu gewinnen.

Die Politikrelevanz der Agrarwissenschaft und insbesondere der Agrarökonomie hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Ein Beispiel ist das Tierhaltungsgutachten des Wissenschaftlichen Beirats und dessen teilweise Umsetzung im Borchert-Konzept. Was folgt daraus für Ihre Arbeit?

Grethe: Ich wäre etwas vorsichtiger: Die Borchert-Kommission setzt ja nicht um. Es ist ein Riesenschritt, dass so unterschiedliche Akteure wie die Mitglieder der Borchert-Kommission Anfang 2020 nach weniger als einem Jahr Arbeit einstimmig Empfehlungen vorgelegt haben. Aber inzwischen befinden wir uns in 2021 – und auch nach vorgelegter Machbarkeitsstudie und Folgenabschätzung bringt die Politik nicht die Kraft auf, zu gestalten, sondern verliert sich im einsetzenden Wahlkampf. Wenn derart breit getragene Empfehlungen nicht umgesetzt werden, werden Expert*innen- und Stakeholderkommissionen zu Feigenblättern der eigenen Gestaltungsverweigerung.

Herr Hennies, das Verhältnis von landwirtschaftlicher Interessenvertretung und Agrarwissenschaft war in der Vergangenheit distanziert, um es vorsichtig auszudrücken. Woran lag das?

Hennies: Vielleicht hat es damit zu tun, dass sich die Landwirte nicht immer ausreichend mitgenommen fühlten, wie beim Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats zur Zukunft der Nutztierhaltung. Vieles wirkt auf die Berufskollegen sehr praxisfern, z. B. beim Ringelschwanz – das Kupieren war aus Sicht der Landwirte über Jahrzehnte hinweg aktiver Tierschutz, ein kleiner Eingriff mit großer Schutzwirkung. Zudem hat es in der Agrarökonomie in den letzten 20 Jahren einen deutlichen Richtungswechsel gegeben: War es in den 90er und 2000er Jahren die Weltmarktorientierung, so stehen jetzt Tierwohl, Biodiversität und Klimaschutz im Fokus.

Herr Grethe, Klimaschutz wird immer mehr zum zentralen Thema in der Politik. Was bedeutet das für die künftige Gestaltung der Agrarpolitik?

Grethe: 1. Symbolpolitik wird nicht ausreichen. Wir werden an den drei großen Hebeln ansetzen müssen: Deutliche Verbesserung der Stickstoffeffizienz, Verringerung von Konsum und Produktion tierischer Produkte, weitgehende Wiedervernässung heute landwirtschaftlich genutzter Moore und Anmoore. 2. Klimaschutz muss als Querschnittsthema in der gesamten Agrarpolitik mitgedacht werden. 3. Es ergeben sich große Chancen für die Landwirtschaft, mit Leistungen für den Klimaschutz auch Einkommen erzielen zu können.

Herr Hennies, ist die Bedeutung des Themas Klimaschutz auf den Höfen angekommen?

Hennies: Ja! Nach drei Trockenjahren wissen alle Landwirte, dass Veränderungen stattfinden müssen. Und sie wollen und können auch dazu beitragen. Das muss aber so gestaltet werden, dass die Landwirte dabei weiter wirtschaftlich arbeiten können. Es hilft nichts, wenn die Erzeugung ins Ausland abwandert.

Was muss die berufsständische Interessenvertretung leisten, um beim Klimaschutz nicht in die Defensive zu geraten, sondern mitzugestalten?

Hennies: Sie muss anstehende Entscheidungen vorhersehen, sich einbringen und Prozesse vorantreiben und dann eine Vermittlerrolle übernehmen zwischen Wissenschaft, Berufsstand und Politik, darüber hinaus auch noch in die Gesellschaft hinein.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, welche Bedingungen muss eine Strategie zur Klimaneutralität erfüllen, um bei Landwirtinnen und Landwirten Zustimmung zu finden?

Hennies: 1. Berücksichtigen, dass Land- und Forstwirtschaft nicht nur emittieren, sondern auch CO₂ binden können und dass Verlagerungseffekte vermieden werden müssen, 2. für die Landwirtschaft umsetzbare Maßnahmenpakete definieren, 3. hinreichend lange Übergangszeiträume bieten, 4. den im Sektor Tätigen Einkommensperspektiven in der Landwirtschaft bieten und 5. mit Maßnahmen in anderen Sektoren abgestimmt sein, so dass insgesamt eine faire Lastenverteilung stattfindet. Wir brauchen eine klimaeffiziente Landwirtschaft und keine pauschale Extensivierung.

Herr Grethe, sind diese Forderungen legitim?

Grethe: Ja.

Eine weitgehende Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft bis 2045 komme einem „großen politischen, ökonomischen und rechtlichen Kraftakt“ gleich, heißt es in Ihrer Studie zum Klimaschutz. Was bedeutet das?

Grethe: Die Entwässerung der Moore in den letzten Jahrhunderten war eine Kulturleistung. Jetzt innerhalb von 25 Jahren wiederzuvernässen, greift tief in Nutzungs- und Eigentumsrechte sowie berufliche Perspektiven von Bewohner*innen von Mooregebieten ein. Für die Nutztierhaltung gilt: Auf der Nachfrageseite brauchen wir einen Kulturwandel, der deutlich geringere Mengen beinhaltet, aber tierische Produkte nicht diskreditiert. Auf der Angebotsseite muss ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung und damit der Einkommen in der tierischen Produktion durch eine höhere Wertschöpfung pro Produkteinheit und durch andere Produkte ersetzt werden.

Herr Hennies, „Die Gesellschaft honoriert die Landwirtschaft für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen, Umweltschutz, Klimaschutz, Tierschutz“, heißt es in der Klimastudie zu einem notwendigen Grundkonsens über eine Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik. Hehre Worte oder realistische Perspektive?

Hennies: Das sollte die realistische Perspektive sein. Aber sowohl bei der GAP-Reform als auch beim Aktionsprogramm Insektenschutz erleben wir das Gegenteil: Die Landwirte, die schon Naturschutz betreiben, werden dafür mit zusätzlichen Auflagen oder finanziellen Sanktionen bestraft. Das ist für den Natur- und Klimaschutz ein verheerendes Signal.

Eine wesentliche Stellschraube für mehr Klimaschutz ist eine Reduzierung des Konsums von tierischen Produkten. Was sagen Sie dazu als Bauernpräsident in der Veredlungshochburg Niedersachsen?

Hennies: Natürlich sind Überlegungen, die tierische Erzeugung zurückzufahren, ein Ansatz hin zu mehr Klimaschutz. Auch die Verteilung der Tiere in Deutschland und Niedersachsen spielt in der Diskussion eine Rolle. Wir treten als Landvolkverband für eine Arbeitsteilung und Spezialisierung der Betriebe ein, auch in der Tierhaltung. Am Ende des Tages muss die Nährstoffbilanz stimmen. Wenn wir uns in Niedersachsen die Nährstoffberichte der vergangenen Jahre anschauen, können wir erkennen, dass durch Maßnahmen auf den Betrieben und die überregionale Verbringung von Nährstoffen ausgeglichene Bilanzen möglich sind.

Was ist für die Landwirtschaft wichtig, wenn es zur Reduzierung der Produktionsmengen der tierischen Erzeugung kommt?

Hennies: Wir brauchen dann mehr Wertschöpfung pro Produkteinheit. Dafür sehen wir im Borchert-Plan gute Ansätze, weil hier höhere Leistungen der Landwirte mit einem Preisschild versehen werden. Trotzdem haben wir große Sorgen, bei der Umsetzung des Borchert-Modells in Deutschland über kurz oder lang zwar eine besonders tierfreundliche, aber international nicht wettbewerbsfähige Tierhaltung zu haben. Wenn die Förderung wegfällt, werden wir vom Markt gefegt.

Grethe: Ich verstehe die Sorge von Herrn Hennies. Deswegen ist es so wichtig, dass staatliche Tierwohlzahlungen langfristig verlässlich sind: Wenn wir ein hohes Tierwohlniveau wollen, werden wir dafür dauerhaft zahlen müssen.

Herr Hennies, eine Wiedervernässung von Mooren birgt ein erhebliches CO₂-Minderungspotenzial. Bei diesem Thema geht es nicht zuletzt um Fragen des Eigentums und damit ans Eingemachte. Wie muss eine Moorschutzstrategie ausgestaltet werden, damit sie von Landwirten mitgetragen werden kann?

Hennies: Wir brauchen 1. politischen Konsens, dass den Menschen und Regionen, die sich in der Vergangenheit im gesellschaftlichen Auftrag der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorböden gestellt haben, jetzt wirtschaftlich tragfähige Umstrukturierungschancen geboten werden müssen, 2. eine Potenzialanalyse der Moorstandorte für die THG-Minimierung und 3. die Schaffung einer „Gemein-

schaftsaufgabe Moorschutz“, über die der Bund den Ländern eine Kofinanzierung zur Verfügung stellt.

Herr Grethe, Sie schlagen eine weitgehende Wiedervernässung der gegenwärtigen Moorflächen bis 2045 vor. Geht das allein mit Geld und guten Worten?

Grethe: Nein. Es braucht einen Mix von politischen Instrumenten. Zu Beginn sollten Anreizsysteme, die auf Freiwilligkeit setzen, im Vordergrund stehen. Frühzeitig handelnde Pionier*innen müssen besser gestellt werden als diejenigen, die sich erst spät bewegen. Neben der Freiwilligkeit müssen Planungs- und Ordnungsrecht bis 2045 an Bedeutung gewinnen und die Besteuerung von verbleibenden Emissionen in Aussicht gestellt werden.

Was muss man sich unter einer „nassen Nutzung“ von Moorflächen vorstellen?

Grethe: Wasserspiegel auf Flurhöhe. Viele denken dann an „Naturschutz“. Aber eine Nutzung ist sowohl volkswirtschaftlich interessant, wie auch eine Möglichkeit, heutige Nutzer*innen und Bewohner*innen von Moorstandorten für die Wiedervernässung zu gewinnen. Es sollte deutlich stärker als bisher in Pilotprojekte für den nassen Anbau von Biomasse investiert werden. Auch Freiflächenphotovoltaik auf wiedervernässten Flächen wäre ideal: ein Beitrag zur Energiewende, eine hohe Wertschöpfung, geringe Flächennutzungskonflikte und eine gute Kombinierbarkeit mit anderen Nachhaltigkeitszielen wie Biodiversität.

Herr Grethe, Herr Hennies, was ist die wichtigste agrarpolitische Aufgabe, die die nächste Bundesregierung anpacken muss?

Hennies: Sie muss das Borchert-Paket in Gänze umsetzen und wir brauchen dringend eine rationale, global gedachte Klimapolitik. Bei der Förderung von Diversität in der Agrarlandschaft brauchen wir neue kollektive Konzepte, die die Landwirte für Biodiversität begeistern, statt sie zu bestrafen. Außerdem muss die Düngeverordnung von 2020 zeitnah geändert werden.

Grethe: Einverstanden. Außerdem Reduzierung von Konsum und Produktion tierischer Produkte einleiten, Moorschutzstrategie mit Wiedervernässung von 80 % der LF beschließen, einzelbetriebliche Nährstoffbilanzierung engagiert umsetzen und europäische Allianzen für eine stärker an Nachhaltigkeitszielen orientierte GAP ab 2027 schmieden. ■ Rainer Münch